Dortmund: Alle zusammen gegen den Faschismus?

Die Zivilgesellschaft und die Anschlussfähigkeit der Nazis

*Dortmund hat eine starke rechte Szene. Dagegen gibt es seit jeher Initiativen und Zusammenschlüsse in der lokalen Zivilgesellschaft. Doch nur selten sind diese verlässliche Bündnispartner*innen für radikale Linke. Woran das liegt, soll diese Broschüre beleuchten. Außerdem zeigt sie Perspektiven auf, wie wir uns einen wirksameren zivilgesellschaftlichen Antifaschismus vorstellen, der weniger für mediale Aufmerksamkeit arbeitet und sich der tatsächlichen Arbeit gegen Rechts zuwendet.*

Wir, das ist die ***Mean Streets Antifa Dortmund****, eine antifaschistische Gruppe, die seit Mai 2018 gegen die lokale Naziszene arbeitet.*

Die extreme Rechte und ihre Anschlussfähigkeit an die bürgerliche Gesellschaft in Dortmund

Die Dortmunder Neonaziszene ist trotz ihrer Größe, ihres Bekanntheitsgrades und den von ihr beanspruchten Räumen in der hiesigen Zivilgesellschaft scheinbar komplett isoliert. Durch ihren offen propagierten Nationalsozialismus haben sie sich jegliche Chance verbaut, an eine bürgerliche bis populistische Rechte anzuknüpfen. Lediglich in einzelnen Stadtteilen, die die Neonazis um die Partei Die Rechte schwerpunktmäßig bespielen, lassen sich gewisse Anknüpfungspunkte beobachten. So beispielsweise in Eving, wo die von Nazis ins Leben gerufene Initiative „Nein zum Asylheim in Dortmund Eving“ mit ihren Versammlungen auch Anwohner*innen ansprechen konnte, die nicht schon ein geschlossenes neonazistisches Weltbild hatten und ihre Facebookseite, die mit mehreren tausend Follower*innen eine der größten rechten Seiten Dortmunds ist. Generell ist jedoch zu sagen, dass diese vermeintlichen Errungenschaften eher Einzelfälle sind. Wer in Dortmund „einfach nur gegen Ausländer“ ist, kann im Regelfall mit solchen glühenden Hitler-Verehrer*innen keine gemeinsame Sache machen. Diese klare Grenze zwischen der lokalen extremen Rechten und der Zivilgesellschaft lässt sich zum Beispiel damit belegen, dass es hier nur kurz einen Pegida-Ableger gab, der schnell gescheitert ist und auch bei ähnlichen Versammlungen in der Region sind die Dortmunder Die Rechte-Kader ausgeschlossen.

Selbst zu anderen, sich klar nationalistisch und rassistisch bekennenden Strömungen im Umkreis hat die Dortmunder Nazistruktur nur sehr dürftige Kontakte und wenig Unterstützer*innen im alltäglichen Stadtgeschehen. Mit den mittlerweile bis auf vereinzelte Reste inaktiven oder längst in die eigenen Reihen rund um die Partei die Rechte übergelaufenen Weggefährt*innen sind allmählich somit auch die letzen Bündnispartner*innen in der eigenen Stadt weggebrochen. Viel lieber führt man gegen immer wieder aufkommende Gruppierungen, wie zuletzt die „Identitäre Bewegung“, einen platzhirschartigen Revierkampf, bei dem man sich auf keinen Fall die braune Butter vom Brot nehmen lassen will. Scheinbar ist die Angst davor, in Dortmund die rechte Monopolstellung zu verlieren, so groß, dass man sich nicht in der Lage fühlt, ernstzunehmende Verbündete in direkter Nähe zuzulassen. Lieber verfolgt man ein wie einstudiert wirkendes Vorgehensmuster, um andere rechte Strukturen direkt wieder aus der eigenen Stadt zu jagen. Frei nach dem Motto: „Wer sich nicht anpasst, muss gehen.“ Stattdessen und um diese Lücke zumindest von außen zu füllen, schaffte man im Jahr 2012 lieber selbst kurzerhand die Nachwuchstruppe „Aktionsgruppe West“ und ließ die neu gewonnene und gut steuerbare Personalressource dann bis zum Mai 2020 ein eigenes Stadtgebiet bespielen – mit Aktionsformen, für die sich die altbekannten Gesichter mittlerweile zu schade sind. So verheizt und instrumentalisiert Die Rechte immer wieder ihre eigene Jugend, die zwar Aktionen zwischen rechtlicher Grauzone und Straftaten abdecken soll, auf der anderen Seite jedoch die Fassade der eigenständigen,

bürgerfreundlichen Jugendorganisation aufrechterhalten muss, um mit Infoständen und Flyer-Aktionen ein Trugbild von Beteiligung in Stadtteilen zu erzeugen.

Ein weiterer Versuch, trotz des Monopolkampfes Profit aus anderen Strukturen zu schlagen, ist die zurzeit bestehende Ratsgruppe zwischen den Dortmunder Ablegern der Parteien Die Rechte und der NPD. Hierbei geht es jedoch nur um strategische Vorteile bei Ratssitzungen oder das Anfertigen von Werbegimmicks, wie zum Beispiel gemeinsamen Aschenbechern und Feuerzeugen. An sich sind sich die Nazis der Partei Die Rechte herum spätestens seit dem letzten Revierkampf 2013 mit der NPD sicher, dass von dieser Seite keine große Gefahr besteht, in Dortmund an Boden zu verlieren. Ein ähnliches Verhalten zeigt Die Rechte auch auf europäischer Ebene. Sie hat sich erst Mitte April mit anderen internationalen extrem rechten Organisationen und Parteien zu einem europaweiten Bündnis mit dem Namen „Festung Europa" zusammengeschlossen. Auch hier geht es jedoch eher um größere Interessen und strategische Vorteile in europäischen Fragen, nicht etwa um den Kontakt in die Zivilgesellschaft und das Verdeutlichen einer anschlussfähigen politischen Ausrichtung. Dass Nazis mit Nazis kooperieren, hilft der Rechten nicht über die rote Linie hinweg, die die Zivilgesellschaft ihr aufzeigt.

Die Grenze zwischen Neonazis und Zivilgesellschaft muss trotz allem auch hier in Dortmund sowie darüber hinaus als ständiges Projekt gesehen werden, an dem nicht nur radikale Linke arbeiten sollten. Sie verschwimmt, sobald nachgelassen wird, auf Rechte und ihre Aktivitäten hinzuweisen, sie zurückzudrängen und klare Kante von Allen einzufordern. Niemand kann und darf sich darauf ausruhen, dass Nationalsozialismus verpönt ist.

Das Gespenst der Mitte: Autoritäre Sehnsucht, Heimatliebe, Nationalismus

Die lokalen Nazistrukturen können, wie oben erläutert, nur punktuell Profit aus dem gesellschaftlichen Rechtsruck schlagen. Die inzwischen gesellschaftsfähige Verschiebung nach rechts kommt noch deutlich vor der, für Populist*innen meist zu radikalen Ideologie von Die Rechte zum Halten. Bestehen bleibt aber das Problem von autoritärer Sehnsucht, Heimatliebe und verinnerlichtem Nationalismus in der viel gelobten gesellschaftlichen Mitte.

Wo früher gewissen Grenzen über alle bürgerlichen Lager hinweg unverhandelbar waren, wird heute der Gedanke „wir müssen zuerst an uns Deutsche denken" immer sagbarer. Die Ignoranz der Europa-Patriot*innen macht das Mittelmeer seit Jahren zur tödlichsten Seeroute der Welt. Es wird zugelassen, dass Flüchtende kurz vor sicheren Häfen auf offener See elendig ersaufen oder verdursten, während man sich hier bequem mit dem Zeitmagazin in der Hand fragen kann: „Seenotrettung – Oder soll man es lassen?" Die

Debatte darum, ob die Rettung Ertrinkender aus dem Mittelmeer Flucht begünstigen könnte, also die Frage, ob Menschenleben oder das politische Ziel der sinkenden Einwanderung höher bewertet werden sollte, führen nicht nur Neonazis. Alle von der CDU bis zu Sahra Wagenknecht diskutieren solch menschenfeindliche und zutiefst rassistische Fragen munter mit.

Wer der Extremismustheorie glaubt, hat ein hufeisenförmiges Bild der Gesellschaft im Kopf: rechts und links die extremistischen Ränder, der Rest ist die demokratische Mitte. Wer sich zu dieser angeblichen Mitte zählt, ist also vermeintlich frei von antidemokratischen Denkmustern, von Rassismus, Nationalismus oder Antisemitismus. Unter anderem die alle zwei Jahre veröffentlichte Mittestudie zeigt jedoch, dass solche und weitere autoritäre Sichtweisen nicht da aufhören, wo im Theoriegespinst Hufeisengesellschaft die extreme Rechte endet. Rechts sind nicht nur Nazis. Sexistisch und rassistisch können Alle sein, von bürgerlichen Konservativen bis hinein in die radikale Linke lassen sich solche Denkstrukturen feststellen. Sich dessen bewusst zu sein und zu bedenken, welche Auswirkungen diese Denkmuster auf das eigene Handeln haben, muss zwingend Teil jeder emanzipatorischen Bewegung sein. Zu dieser Einsicht gehört auch, nicht nur gegen extreme Rechte vorzugehen. Wenn Neonazis Geflüchtete verprügeln oder ihre Unterkünfte anzünden, ist der bürgerliche Aufschrei – völlig zurecht – groß. Aber wenn, wie auch in Dortmund, demokratisch legitimierte Ausländerbehörden Geflüchtete täglich abschieben und sie so immer wieder in die Obdachlosigkeit, Verfolgung oder den sicheren Tod schicken, ist in weiten Teilen der Zivilgesellschaft keine Empörung zu bemerken. Hier wiederholt sich die Hufeisendoktrin. Doch nicht nur das was Nazis tun, müssen wir bekämpfen. Rechtes Gedankengut ist gefährlich, egal ob Rassismus, Sexismus und Antisemitismus von Neonazis oder aus der vermeintlichen Mitte kommen.

In Dortmund redeten jahrelang offizielle Stellen das Problem mit den Rechten klein. „Wir haben hier kein Problem mit rechter Gewalt“, hieß es da. Betroffene wurden allein gelassen und man legte Antifaschist*innen immer wieder Steine in den Weg. Vor einigen Jahren schwenkte man dann um. Die Stadtoberen mit SPD-Parteibüchlein konnten sich nach langem Druck von links dazu durchringen, die rechte Gefahr zu sehen und öffentlich anzusprechen. Doch wer sich nun freute, war zu optimistisch. Oberbürgermeister Ulrich Sierau, Polizeipräsident Gregor Lange, Kirchenvertreter wie Friedrich Stiller und führende Gewerkschafter*innen, wie die Galionsfigur des 2005 gegründeten Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus Jutta Reiter, stellen sich vermeintlich an die Front einer antifaschistischen Bewegung und geben sich seither als Speerspitze des Kampfs gegen Rechts, der ihnen als dankbares Propagandaobjekt für die eigene Karriere dient.
Sobald Medien anwesend sind, drängen sie nach vorn vor die Kameras, schieben mitunter andere Antifaschist*innen zur Seite und geben floskelüberhäufte Statements mit viel Pathos ab. Doch von ihnen ist mehr als das nicht zu erwarten. Unter Berufung auf die Extremismustheorie, die rechte sowie linke vermeintliche Ränder einer Gesellschaft

als gleichermaßen schädlich für die Demokratie darstellt und die gesellschaftliche Mitte als unfehlbar deklariert, distanziert man sich offiziell immer wieder gerne von Linksradikalen und spricht ihnen ab, ein ernstzunehmender und wichtiger Akteur im Kampf einer Stadt gegen Rechts zu sein.

Seit Jahren reichen Linksradikale bürgerlichen Kräften immer wieder die Hand. „Gemeinsam sind wir stärker", ist immer wieder die Hoffnung. Doch immer wieder aufs Neue enttäuschen die vorgeschobenen Aktionen, die lediglich dazu dienen ihre eigentlichen Motive der Scheinaktivität, der Selbstprofilierung und der Nutzung der Kulisse für politische Inszenierung insbesondere bei anstehenden Wahlkämpfen zu verfolgen.

Antifaschismus als dankbar angenommene Plattform der Selbstinszenierung

Bürgerliche Bündnisse wie der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus haben oft eine unsolidarische und damit falsche Auffassung von Protest gegen Nazis. Immer wieder, wie auch 2019, als es um die Frage ging, wo die Nazis bei ihrer diesjährigen Demonstration am 25. Mai laufen würden, wusste dieses Bündnis Wochen im Voraus Bescheid. Wie schon so oft mobilisierte der AK Rechtsextremismus schon lange nach Hörde, zufälligerweise genau der Stadtteil, durch den die rechte Route führt, bevor andere Akteur*innen durch eigene Rechercheleistungen erfuhren, wo ihr Protest stattfinden muss. Damit wollen diese Bündnisse als Einzige die Möglichkeit haben, schon Wochen im Vorfeld zu Treffpunkten direkt an der Route der Nazis zu mobilisieren, während andere mit Treffpunkten in ihren Aufrufen lange abwarten müssen und denen die Polizei dann oft keine Anmeldung mehr in der Nähe des Aufmarschs genehmigt.

Es ist schon mehr als befremdlich, wenn Antifaschist*innen in Dortmund mit ansehen müssen, dass sich die Protagonist*innen des AK Rechtsextremismus mit ihrem „bunt statt braun"-Transparent unter Polizeischutz am Tag der Deutschen Zukunft 2016 in Dortmund für ein Pressefotoshooting vor den Nazimob führen lassen und danach wieder verschwinden, während alle anderen Gegenaktionen nicht mal in Rufweite gelangen und mit aller Gewalt gestoppt werden. Oder wenn ein Jahr zuvor eine erste Reihe lautstarker Antifaschist*innen direkt an einer Polizeikette vis-à-vis einem Nazimob vor der Dortmunder JVA und vor versammelten Film- und Fotojournalist*innen von den gleichen Vertreter*innen des Dortmunder AK Rechtsextremismus unter Einsatz von Ellenbogen zur Seite gedrängt werden, nur um in erste Reihe aufs Foto zu kommen. Dabei legt der AK doch so viel Wert auf Gewaltfreiheit als Unterscheidungsmerkmal.

Doch auch in der jüngeren Vergangenheit sorgte das Engagement des AK für Ärger. Zuletzt bei den Montagsaufmärschen der Nazis im September und Oktober 2019 durch die Nordstadt. Diverse linksradikale Strukturen und Menschen schlossen sich dagegen zusammen und stellten sich gemeinsam mit den Anwohner*innen des Viertels über Wochen den Nazis in den Weg. Erst als ein medialer Diskurs darüber entbrannte, warum der AK Rechtsextremismus und sonstige Akteur*innen der Zivilgesellschaft nicht in der Nordstadt aktiv wurden, ergriff der AK zaghaft die Initiative. Er meldete eine eigene Kundgebung an und erschien dort mit einem Transparent. Später organisierte er eine Demonstration, die, um 1.000 Teilnehmende einer antifaschistische Demonstration durch die Nordstadt verstärkt, ab der Steinwache gemeinsam in Richtung der Nazis lief. Medienwirksam drängelten sich die Organisator*innen wieder einmal in die erste Reihe und spielten sich als vermeintlicher Hauptakteur des Tages auf. Als Konsequenz des verspäteten Engagements in der Nordstadt versuchte der AK nach Einstellung der Naziaufmärsche Ende 2019 als Ableger einen Runden Tisch gegen Rechtsextremismus in der Nordstadt zu gründen und erhoffte sich, dadurch in Zukunft für mediale Aufmerksamkeit ohne großen Arbeitsaufwand nicht mehr auf „die Antifa“ angewiesen zu sein. Doch dabei rechnete der AK wohl nicht damit, dass selbstbewussten Nordstadt Akteur*innen, die er selbst eingeladen hatte, nicht nur dem AK zuarbeiten wollten, sondern in ihrem Stadtteil selbstständig agieren und handeln möchten und ein offenes Bündnis für alle Initiativen, Einrichtungen und Gruppen im Stadtteil sein wollen, die sich gemeinsam gegen Naziumtriebe im Quartier engagieren.

Immer wieder forcierten in den letzten Jahren einzelne Vertreter der bürgerlichen Arbeitskreise gegen Rechts, dass Platzverweise gegen dunkel gekleidete linke Aktivist*innen, vermeintliche Mitglieder des „schwarzen Blocks“, auf Demonstrationen/Kundgebungen gegen Nazis von der Polizei ausgesprochen wurden. Damit machen sie sich zum Handlanger einer Kriminalisierung von Antifaschist*innen durch die Polizei und stehen einem ernstzunehmenden und solidarischen antifaschistischem Engagement entgegen. Eine Entsolidarisierung im antifaschistischen Widerstand durch Teile der Dortmunder Zivilgesellschaft, wie die oben beschriebene des Arbeitskreises, ist inakzeptabel! Ein berechnendes Aussortieren bis hin zur Denunzierung von nicht genehmen Aktivist*innen, je nach dem wer medial nützlich ist oder wer für schlechte bürgerliche Presse sorgen könnte, ist unerträglich und schadet einem gemeinsamen lokalen Kampf gegen den Faschismus, in dem unterschiedliche Aktionsformen nebeneinander stehen können und sich gegenseitig ergänzen. Dem AK geht es offensichtlich nur darum, mit seinem kleinen bürgerlichen Kreis vor allem symbolisch einen linken zivilgesellschaftlichen und vor allem medial gut inszenierten Protest direkt an der Naziroute durchzuführen, um im besten Fall das eigene Gewissen zu besänftigen und sich selbst im Sinne einer weltoffenen und vielfältigen Stadtpolitik mit hoher medialer Aufmerksamkeit beweihräuchern zu können.

Ebenso verärgert die Polizei, die als Versammlungsbehörde Demonstrationen von Neonazis kaum im Griff hat und Straftaten nicht ahndet, während sie linke Demonstrant*innen permanent schikaniert und dabei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auch gerne mal nach Lust und Laune mit Füßen tritt, zum Beispiel wenn sie Linke über eine Stunde an einem U-Bahnhof festhält und so an der Anreise zu einer Versammlung hindert. Das hält die Polizei nicht davon ab, auf antifaschistische Recherche zurückzugreifen, wie es beispielsweise der polizeiliche Staatsschutz tut, um diese Informationen als seinen eigenen Erfolg Dritten gegenüber zu verkaufen. Ebenfalls für Unverständnis sorgt das Messen mit zweierlei Maß von Oberbürgermeister Ulrich Sierau, der ein antifaschistisches Camp verbietet und dann beim Gedenken an Todesopfer des Nationalsozialismus in der Bittermark von einem „Nie Wieder“ und wichtigen zu fördernden antifaschistischen europäischen Werten schwafelt. Inakzeptabel sind auch Ordner*innen des DGB, die Antifas mit Ohrfeigen von ihrer Demonstration warfen, einfach weil sie sie optisch als radikal identifiziert hatten.

Solche Strukturen und Akteur*innen sind keine Mitstreiter*innen im Kampf gegen Rechts, sondern tragen vielmehr dazu bei, dass es in Dortmund kein wirkliches „Gemeinsam gegen den Faschismus“ gibt und die Zivilbevölkerung weitestgehend inaktiv bleibt.
Ausdrücklich ausgenommen sein sollen aus dieser Kritik das BlockaDO-Bündnis und das Netzwerk Nordstadt gegen Nazis. Hier engagieren sich Menschen seit Jahren ernsthaft und solidarisch gegen Rechts und scheuen sich bei ihren Blockadeaktionen nicht vor der Zusammenarbeit mit linksradikalen Strukturen. Statt wie andere im eigenen SPD-Gewerkschafts-Sumpf ein symbolisches Schilderschwenken vor den Kameras zu veranstalten, sieht man hier eher das gemeinsame Ziel und einigt sich immer wieder auf einen für alle vertretbaren Konsens, der sich in einem solidarischen und emanzipierten Umgang miteinander äußert.

Alle zusammen gegen den Faschismus

Wie also könnte ein gemeinsamer Antifaschismus in Zusammenarbeit von linksradikalen und bürgerlichen Kräften aussehen?

Genau an diese Vorstellung von gemeinsamer solidarischer Arbeit gegen Faschismus sollten wir anknüpfen und sie als Grundlage für ein größeres und effektiveres Engagement nehmen. Neben einem gemeinsamen Ziel, dem gefunden Konsens und dem Willen, sich gegen faschistische Projekte, Gruppen, Parteien oder Akteur*innen zu stellen, gehört jedoch noch einiges mehr: Es geht darum, aus der Rolle des immer wieder in Erscheinung tretenden Begleitgespenst auszubrechen und ein fester Bestandteil in lokalpolitischen Debatten zu werden. Grundsätzliche Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit ist eine bedingungslose solidarische Haltung! Alle, die in Dortmund etwas gegen Rechts tun, haben gemeinsame Ziele und können sich, da sind wir sicher, an vielen Punkten auf

einen gemeinsamen Weg dorthin verständigen. Wenn zivilgesellschaftliche, städtische und antifaschistische Akteur*innen sich so auf Augenhöhe begegnen, kann viel erreicht werden. Wichtig ist dabei vor allem, dass niemand von vornherein ausgeschlossen wird. Keine Akteur*innen mit der Vorstellung einer Sonderstellung oder auf Privilegien durch ein geschaffenes Informationsgefälle bestehen. Denn wenn alle Akteur*innen geschlossen zusammen stehen und solidarisch miteinander umgehen, sind wir stärker sichtbar und effektiver im Handeln. Dann ist auch die Kriminalisierung und Hetze gegen antifaschistisches Engagement schwieriger. Im Falle von rechten Übergriffen könnten wir uns besser gegenseitig unterstützen. Nur mit vereinten Kräften kann man sich wirkliche Relevanz innerhalb der Stadt erarbeiten und vom vereinzelten Randphänomen zu einem ernstzunehmenden Sprachrohr, einer gefestigten Bewegung gegen Rechts werden, die es mit Parteien, Vorstößen der Justiz oder Angriffen von Rechts aufnehmen kann. Dieses Format wäre in der Lage, einen bislang gefestigten und teils festgefahrenen und engen Rahmen zu sprengen und den Weg für neue Debatten zu eröffnen.

Hierbei dürfen wir nicht das Engagement jedes Einzelnen vergessen und müssen auch in unserem Alltag und unseren Lebensräumen Platz für eine kritische Auseinandersetzung mit Faschismus und rechtem Gedankengut zulassen. Das Bilden von solidarischen Nachbarschaften, linken Vierteln und Zusammenschlüssen abseits von groß angelegten Bündnissen ist hierbei unabdinglich und fordert alle heraus, die in einer emanzipierten Gesellschaft ohne Nazis und Repression leben wollen. Der Kampf gegen Rechts braucht Räume, um sich zu entfalten und Anlaufpunkte zu bieten. Davon gibt es in Dortmund längst nicht genug. Die Bewegung Avanti hat versucht, sich solche Räume aus der Bewegung heraus und im engen Kontakt mit der Nachbarschaft selbst zu nehmen, doch die Versuche wurden von Stadt und Polizei schnell unterbunden. Solche Begegnungsfelder zwischen radikal linken und anderen engagierten Antifaschist*innen sind jedoch Teil einer notwendigen Infrastruktur, an deren Aufbau alle interessiert sein sollten.

Alle Akteur*innen einer eingegangenen Zusammenarbeit sollten als Partner*innen angesehen werden. Das bedeutet kein Redeverbot bei angebrachter inhaltlicher Kritik, aber es bedeutet auch, sich nicht im Nachhinein öffentlichkeitswirksam von Aktionen zu distanzieren, nur weil man das Aktionslevel einer Sitzblockade oder von Selbstschutz durch Vermummung für sich selbst nicht wählen würde. Bei einer breit getragenen antifaschistischen Zusammenarbeit muss auch eine verlässliche Solidarität für die Betroffenen von Repression unter den verschiedenen Akteur*innen unbedingt Voraussetzung sein. Kampf gegen Rechts bedeutet leider auch immer wieder negative Konsequenzen gegen Einzelne von Polizei, Justiz und Neonazis. Betroffene von rechter Gewalt bei einem Naziangriff, von Polizeigewalt gegen eine Demonstration oder von teuren Prozesskosten wegen einer Sitzblockade müssen von allen Teilen einer antifaschistischen Bewegung unterstützt werden, denn sie allein zu lassen würde Entsolidarisierung und ein Auseinanderbrechen der gemeinsamen Arbeit bedeuten.

Daran anschließend muss es Konsens einer Zusammenarbeit sein, dass keine Deals mit Polizei und Justiz geschlossen werden. „Lasst uns an die Route und wir gehen dann wieder, bevor die Nazis kommen“ oder „Ich verrate euch was über uns, und ihr gebt mir Einblick in eure Akten über die Nazis“ müssen klare Ausschlusskriterien für ein gemeinsames Engagement sein, denn Polizei und Justiz sind weder Freund noch Helferin, noch Teil des Widerstandes gegen Rechts auch wenn sie hin und wieder polizeilich oder juristisch gegen sie vorgehen. Ein Engagement mit dem Versuch, von Polizei und Justiz zu profitieren, scheitert nicht nur häufig, sondern zerstört die Aussagekraft und Entschlossenheit jedes ernstgemeinten Kampfs gegen Rechts mit dem Ziel einer solidarischen Gesellschaft.

In einer solidarischen unvoreingenommen Zusammenarbeit von linksradikalen Gruppen mit engagierten Teilen der Zivilgesellschaft können beide Seiten beim Austausch von Wissen voneinander profitieren. Antifa-Recherche fördert oftmals hilfreiche Informationen über Nazis und ihre politische Arbeit zutage. Flyer wie Naziwatch und Know Your Enemy oder Outings machen solche Informationen öffentlich zugänglich und können Ansatzpunkte für konkrete, oft auch potentiell gemeinsame, Arbeit gegen Nazis bieten. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen haben ihrerseits oft Informationen, die man ebenfalls teilen und nutzen könnte, wie beispielsweise Routen von Naziaufmärschen oder Fördermittel für Aufklärungsarbeit über neonazistische Strukturen. Ähnlich wie bei einem Blockadefinger, wo vorn die Menschen gehen, die bereit sind, sich und die Demonstrant*innen hinter sich auch ggf. durch Polizeiketten hindurch auf die Naziroute zu bringen, und weiter hinten die, die mitkommen um sich dort zu setzen, einen Redebeitrag zu halten oder ein Transparent zu tragen, könnten alle antifaschistischen Kräfte gruppen- und hintergrundübergreifend ihre Fähigkeiten verzahnen und alle können ihren Beitrag leisten. Wer sich für direktere Aktionen wegen Lebensumständen wie Beruf, Gesundheit, Alter oder Familie nicht geeignet sieht, kann Gelder aus Parteikassen oder Fördertöpfen für antifaschistische Projekte gewinnen, sich als Pressesprecher*in für Aktionen zur Verfügung stellen oder Menschen politische Bildung anbieten, die noch an das Engagement gegen Nazis herangeführt werden müssen oder Information über rechte Zusammenhänge brauchen.

Wenn einmal ein Schritt im solidarischen Widerstand gegen die Nazis gelungen ist, gilt es, nicht für die eigene Aktion den größten Teil vom Prestigekuchen abknapsen zu wollen. Antifaschismus ist kein Leuchtturmprojekt, sondern eine reine praktische Notwendigkeit. Sich nach getaner Arbeit von radikalen Linken vor die Kameras zu drängeln, ein Transparent mit einem Bündnisnamen ablichten zu lassen und ein Statement à la „Dortmund ist eine bunte und weltoffene Stadt“ abzugeben, schadet der Sache viel mehr, als sie einem einzelnen Oberbürgermeister nützen kann. Stattdessen gilt es, sich über gemeinsame Erfolge gemeinsam zu freuen und diese zur Grundlage weiterer gemeinsamer Aktivitäten zu machen.

Doch warum das alles eigentlich? Antifaschismus im engeren Sinne macht sicherlich kaum jemandem großen Spaß. Die bloße Arbeit gegen das, was Nazis gerade tun, bringt die Gesellschaft mit ihren Problemen sicherlich keinen Schritt weiter. Aber Antifaschismus hält uns den Rücken frei, um unsere eigentlichen Projekte, Visionen und Vorstellungen einer solidarischen Nachbarschaft und freien, offenen und chancengleichen Gesellschaft voranzutreiben. Wenn Nazis tun, was sie wollen, sind wir nur damit beschäftigt, die rechten Brandherde zu löschen und so schlimmeren Schaden abzuwenden. Je weniger Spielraum wir den Rechten lassen, desto mehr Raum schaffen wir uns für unseren Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft, die Anliegen von Arbeitnehmer*innen, die Verbesserung der Situation von Geflüchteten, das Engagement gegen den Klimawandel oder die Organisierung von Nachbarschaftstreffen.

Also lasst uns zusammen unser ohnehin gemeinsames Ziel verfolgen! Beobachten wir die Nazis, teilen wir Informationen über sie und werden wir auf dieser Basis gemeinsam solidarisch aktiv!

Alle zusammen gegen den Faschismus!

V.i.S.d.P.: Ute Korte, Schmettowstr. 1, 44149 Dortmund

Mean Streets Antifa Dortmund

msadortmund.noblogs.org

@meanstreets_do

@meanstreetsDO

msa-dortmund@riseup.net